



12.03.2019

Bericht zur 9. Sitzung des Erweiterten Lenkungsausschusses von SDSN Germany

Am 11. Februar 2019 tagte der Erweiterte Lenkungsausschuss von SDSN Germany beim Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) zum Thema „Nachhaltigkeit in Zeiten des Populismus – Antwort oder Opfer?“. Unter den mehr als 40 Teilnehmenden befanden sich neben den Mitgliedern des Erweiterten Lenkungsausschusses auch eine Reihe von Gästen unter anderem aus Mitglieds- und Partnerorganisationen von SDSN Germany.

Dirk Messner, Co-Vorsitzender von SDSN Germany, skizzierte in seiner Begrüßung ein politisches Klima, das in vielen Teilen der Welt durch demokratiefeindliche und nationalistische Tendenzen, Wissenschafts- und Klimawandelskeptizismus sowie Multilateralismusfeindlichkeit geprägt sei. Gleichzeitig seien aber auch wachsende Nachhaltigkeitsbewegungen wie im Kontext der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung zu beobachten. Er eröffnet die Veranstaltung mit der Frage, wie die Phänomene von „Gegentransformation“ zu erklären und zu adressieren seien.

Edgar Grande (Gründungsdirektor des Zentrums für Zivilgesellschaftsforschung am WZB) begrüßte die Gäste im Haus und hob die inhaltlichen Berührungspunkte des Sitzungsthemas mit seiner Arbeit am Zentrum für Zivilgesellschaftsforschung hervor. *Edgar Grande* wies in seinem Impuls zunächst darauf hin, dass das Konzept des Populismus in Forschung und Öffentlichkeit eine Reihe voneinander abweichender Definitionen kenne. Er selbst beschreibe Populismus als einen zweidimensionalen, diagnostischen Begriff. Zum einen stecke im Konzept des Populismus eine politische Elitenkritik. Zum anderen politisiere der Populismus reale Defekte „liberaler“ Politik. Diese würden als realexistierende Reaktionslücken im politischen System definiert. *Edgar Grande* verglich das Phänomen des Populismus mit einem Seismographen im Sinne eines Spätwarnsystems von Konfliktlinien. Er nennt zum

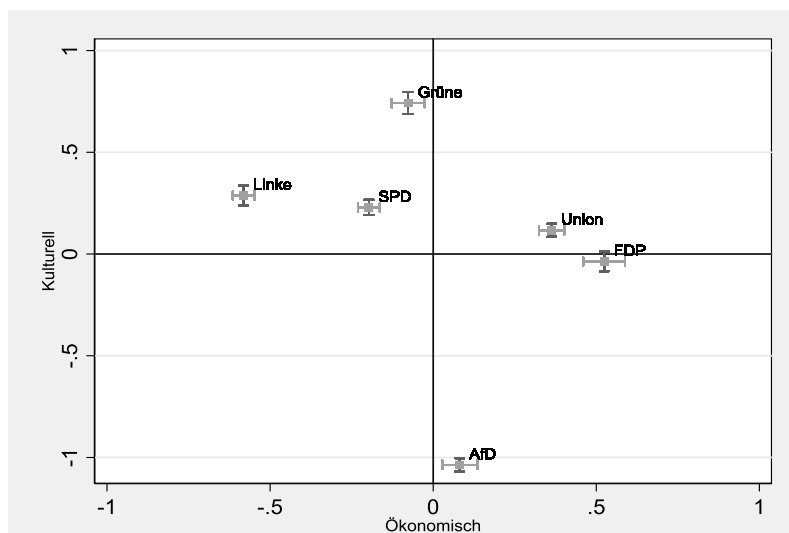


Abbildung 1: Edgar Grande, Zentrum für Zivilgesellschaftsforschung, WZB Berlin

einen politische Entwicklungen in den 1980er und 1990er Jahren (Liberalisierung, Globalisierung) als ursächlich für gegenwärtige populistische Entwicklungen in westlichen Demokratien. Neben dieser sozioökonomischen Konfliktdimension (Verteilungskonflikte nach der Logik „Arbeit und Kapital“) sei in letzter Zeit aber eine weitere, neue Hauptkonfliktlinie zu beobachten, eine kulturell-identitäre Konfliktdimension (Identitätskonflikte), die die alte Konfliktlinie jedoch nicht ersetzt. Diese neue strukturelle Konfliktlinie (Integration versus Abgrenzung, Öffnung versus Schließung) habe sich bislang um Themen wie kulturellen Liberalismus (z.B. Minderheitenrechte), Einwanderung und Europa organisiert. Damit verteile sich der politische Raum heute auf zwei Dimensionen, die neben sozioökonomischer Einord-

nung (Integration versus Abgrenzung, Öffnung versus Schließung) habe sich bislang um Themen wie kulturellen Liberalismus (z.B. Minderheitenrechte), Einwanderung und Europa organisiert. Damit verteile sich der politische Raum heute auf zwei Dimensionen, die neben sozioökonomischer Einord-

nung (rechts-links) auch eine kulturell-identitäre Dimension aufweise. Dies habe die Grundkoordinaten von Politik in einer Weise verändert, die populistische Parteien heute in der Lage versetze, Wählerbindungen zu verändern und Wähler jenseits einer klassischen Links-Rechts-Achse zu gewinnen. Dieser neue zweidimensionale politische Raum zeige sich zusätzlich in zunehmenden Spannungen innerhalb von Parteien und wirke auch in die Zivilgesellschaft hinein.

Mit Blick auf das Thema der Veranstaltung sprach *Edgar Grande* insbesondere die ökologische Dimension der Nachhaltigkeit an. Hier sei die Frage zu klären, wie sich Umweltkonflikte in den neuen politischen Konfliktraum einfügten. Eine ökologische Transformation schaffe neue Gewinner und Verlierer, wodurch neue Verteilungskonflikte in alte Konfliktlinien eingebettet würden. Er sieht ein hohes Risiko, das Umwelt und Klima neben Migration und Europa zu weiteren Mobilisierungsthemen für Populismus würden. Der vermeintlich bestehende Grundkonsens über diese Themen stehe vor der Aufkündigung. Es hänge in hohem Maße vom politischen *Framing* und entsprechenden Mobilisierungsstrategien politischer Parteien – etablierter wie neuer – ab, ob Umwelt- und Klimathemen ein ähnliches Schicksal wie die Einwanderungs- und Asylpolitik erleben würden.

Johannes Dimroth (Leiter der Abteilung Politische Information im Presse- und Informationsamt der Bundesregierung) leitete seinen Beitrag mit der Feststellung ein, dass es Aufgabe des Presse- und Informationsamtes sei, objektive, wahrhaftig, verständlich und nüchtern über die Politik der Bundesregierung zu berichten, um der medialen Öffentlichkeit eine auf Fakten basierte Meinungsbildung zu ermöglichen. In diesem Zusammenhang seien insbesondere Schlussfolgerungen aus der rapiden Digitalisierung der letzten Jahrzehnte zu ziehen. Die Frage, wer was wann wie und wo kommuniziere, gewinne angesichts gestiegener Diversität und Schnellebigkeit an Informationen zunehmend an Bedeutung. So seien Entwicklungen und Dynamiken in sozialen Netzwerken in der Vergangenheit, wie beim Migrationspakt, teils zu spät erkannt und die Rückführung des Informationsaustausches auf eine sachliche Ebene somit deutlich erschwert worden. Es komme darauf an, populistischen Äußerungen frühzeitig zu erkennen und gezielt gegenzusteuern. Wichtig sei allerdings auch, dass bereits präventiv eine Resilienz gegen *fake news* und populistische Äußerungen geschaffen werde, indem von Seiten des Bundespresseamtes verständlich, objektiv und faktenbasiert informiert wird. Außerdem betont *Johannes Dimroth*, dass bei politischer Kommunikation ein angemessenes Erwartungsmanagement betrieben werden müsse und Brüche durch nicht eingehaltene Versprechungen zu vermeiden seien.

Der Bundesregierung sei ihre Nachhaltigkeitspolitik sehr wichtig, weshalb 2018/19 zusätzliche Mittel für die Kommunikation zur Verfügung gestellt wurden. Über 80 Prozent der Deutschen möchten, dass sich die Bundesregierung in Deutschland und weltweit stärker in der Nachhaltigkeitspolitik engagiert, so *Johannes Dimroth*. Gleichzeitig seien die 17 Nachhaltigkeitsziele (SDGs) laut einer Umfrage nur einem Fünftel der Befragten bekannt. Es sei also entscheidend, Aufmerksamkeit für dieses Thema zu schaffen und die Agenda 2030 kommunizierbar zu machen. Deshalb habe die Bundesregierung mit der Kampagne „Die Glorreichen 17“ mit ihren 17 populären, plastischen und witzigen Nachhaltigkeitsfiguren wie z.B. bei Ziel 16 „Frieda die Friedenstaube“ einen neuen Weg gewählt. Die Kampagne folge einem barrierefreien Ansatz, der einen involvierenden Mitmach-Charakter vermitteln solle. *Johannes Dimroth* betonte, dass das Konzept der Nachhaltigkeit einen gemeinschaftsstärkenden Effekt habe, den es mit einer geeigneten Öffentlichkeitsarbeit zu stärken gelte.



Abbildung 2: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

Nina Scheer (Mitglied des Deutschen Bundestages & stellvertretende Vorsitzende des Parlamentarischen Beirats für nachhaltige Entwicklung; Mitglied im Erweiterten Lenkungsausschusses von SDSN Germany) betonte gleich zu Beginn ihres Impulses, dass Nachhaltigkeit auf keinen Fall Opfer von Populismus werden dürfe. Die Tendenz hierfür sei jedoch vorhanden. So werde zum Beispiel die Existenz des Klimawandels immer wieder von bestimmten Akteuren in Frage gestellt. Dabei werde u.a. einer weder sachgerechten noch zielführenden Unterscheidung zwischen menschengemachtem und „echtem“ Klimawandel das Wort geredet. Es sei eine Herausforderung, hier und auf anderen Gebieten jegliche Formen der Verharmlosung und Verleumdung zu identifizieren und zu adressieren, gerade wenn sie nur versteckt auftreten. Neben klar populistischen Parteien erschwerten aber auch VertreterInnen des gesamten Parteienspektrums die Umsetzung von Nachhaltigkeitsstrategien durch scheinwahre Argumentationen, so *Nina Scheer*. Institutionen wie zivilgesellschaftliche und wissenschaftlich Werkstätten und Netzwerke müssten Antworten auf die Diskriminierung von Nachhaltigkeitspolitiken durch solche Scheinwahrheiten finden. Nachhaltigkeit sei jedoch mehr als nur eine Antwort auf Populismus und dürfe nicht als ein solchermaßen eingegrenztes Konzept verstanden werden. Populismus benutze für seine Nachhaltigkeitskritik Ängste wie das Gefühl, abgehängt und vernachlässigt zu sein. Zudem wirkten die Schnellebigkeit und Komplexität im politischen Geschäft einer effektiven Nachhaltigkeitspolitik entgegen. Politikfelder, die wie das der Nachhaltigkeit einen langen Atem mit langfristigen Lösungen und Nachjustieren benötigten, hätten es in Zeiten schneller Technologien und Entwicklungen schwer. Lücken, die dadurch entstünden, könnten von Populisten für ihre Zwecke genutzt werden. Politische Konstellationen, die keine Antworten finden, und die verbreitete „Sowohl-Als-Auch“-Politik nähmen sich solcher Lücken nicht an, sondern vergrößerten diese. *Nina Scheer* sieht als Lösungsvision eine zugleich populäre wie wertebasierte Politik. Politik müsse einfach handhabbar und erreichbar sein, Querverbindungen zwischen politischen Konzepten und unmittelbar erfahrbaren Vorteilen müssten geschaffen werden (z.B. im Themenfeld nachhaltige Mobilität durch kostenfreie ÖPNV-Tickets). Auch die Kampagne der Glorreichen 17 sei als Versuch eines einfachen, handhabbaren Zugangs zu Nachhaltigkeitspolitik zu verstehen.

Nina Scheer fordert von den etablierten Parteien, wehrhafter zu sein, wenn es um das Aushalten von Negativschlagzeilen geht. Parteien benötigten eine konzeptionell standhafte Haltung und dürften sich durch vermeintliche Grenzen auf europäischer und internationaler Ebene nicht abschrecken lassen. Sie kritisiert eine zu konzernfreundliche Nachhaltigkeitspolitik, in der gegenüber Unternehmen zwar Forderungen, aber selten Verpflichtungen ausgesprochen würden. Maßnahmen müssten außerdem nach dem Prinzip „global denken und lokal handeln“ durchgeführt werden. Man müsse sich vom Konzept alternativlosen Handelns distanzieren.

Hanna Schwander (Hertie School of Governance) knüpfte in ihrem Impuls an die wissenschaftlichen Betrachtungen von *Edgar Grande* an, setzte dabei aber einen stärkeren Akzent bei Verteilungsfragen.

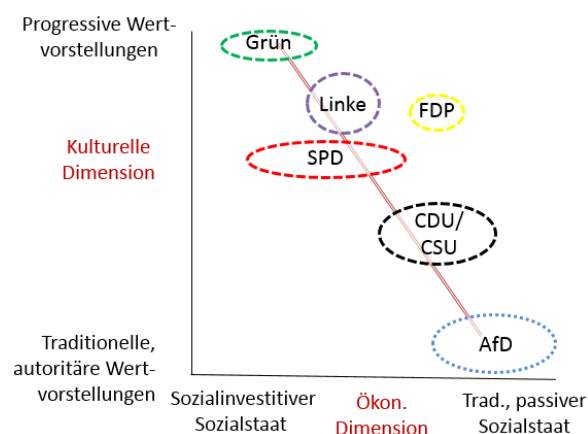


Abbildung 3: *Hanna Schwander*, Hertie School of Governance

Auch Sie erklärt den Aufstieg von rechtspopulistischen Parteien durch das Entstehen neuer Konfliktlinien. Den grundlegenden Veränderungen im politischen Wettbewerb seien neue Verteilungskonflikte inhärent. Dies hänge auch mit den strukturellen Veränderungen des Sozialstaats zusammen. Während die BürgerInnen den Staat früher als passiven, versorgenden Sozialstaat wahrgenommen hätten, habe dieser sich auch durch die Agenda 2010 zu einem stärker aktivierenden („sozialinvestitiver“) Sozialstaat verändert. Hierdurch seien Arbeitsmärkte unsicherer geworden („Arbeitsmarktverletzlichkeit“) und politische Repräsentationslücken entstanden. Dies verbinde

sich mit einer in der „kulturellen“ Dimension stärker werdenden Spannung zwischen „progressiven“ und „traditionellen, autoritären“ Wertevorstellungen.

Zusammen führe dies zu Wahrnehmungen relativer Benachteiligung (z.B. Gefühl der „ungerechten Behandlung“ durch Agenda 2010 und Flüchtlingswelle, Abwertung von Erwerbsbiographien durch „Wiedervereinigungskrise“ im Osten). Die neue ökonomische Konfliktlinie stehe nicht im Gegensatz zum klassischen Rechts-Links-Spektrum, sondern inkludiere dieses. Sozial-, Umwelt- und Wirtschaftspolitik seien integrale Themen der neuen Konfliktlinie. Nachhaltigkeit als optimistische Zukunftsvision könne als Gegenüber des „*Nostalic Past*“, einer Grundstimmung der populistischen Rechten, verstanden werden. Dieses Gegenüber sei auch innerhalb etablierter Parteien zu beobachten.

Im anschließenden Austausch standen insbesondere vier Fragestellungen im Zentrum. So wurde (1.) von mehreren Seiten betont, dass gesellschaftspolitische Dynamiken nicht nur durch gegentransformative Kräfte, sondern auch durch die Vielfalt und Kreativität gesellschaftlicher Bewegungen wie „*Fridays For Future*“ geprägt seien. Auch wurde darauf verwiesen, dass im kirchlichen Bereich das Konzept der Nachhaltigkeit „konservative“ und „progressive“ Strömungen zusammenführe. Angesichts gesellschaftlichen Wertewandels gebe es die Notwendigkeit und das Bedürfnis nach einer neuen Wertediskussion gerade auch zum Menschenbild. Als eine der Ursachen zunehmender populistischer Tendenzen wurde (2.) eine schleichende Aufkündigung des „doppelten Gesellschaftsvertrages“ (innerhalb der Gesellschaften und mit künftigen Generationen) angesprochen. Die damit wachsende gesellschaftliche Unzufriedenheit sei durch undemokratische und nationalistische Kräften instrumentalisierbar, wenn etablierte Parteien keine Lösungen für die Sorgen in der Zivilgesellschaft anbieten könnten und sich Lücken im Dialog um neue Konfliktfelder ergäben. So böte beispielsweise eine ideologisierte Gegenüberstellung von lokalem Umweltschutz und globaler Klimapolitik ein nicht zu unterschätzendes populistisches Mobilisierungspotential. Hinterfragt wurde (3.), ob bei einer zweidimensionalen Vermessung des politischen Raumes die Rechts-Links-Achse ausschließlich ökonomisch zu beschreiben sei. So gebe es auch in der kulturellen Dimension deutlich identifizierbare „rechte“ Merkmale wie traditionelle, autoritäre Wertvorstellungen. Mit Blick auf die Reaktionsmuster politischer Akteure wurde (4.) betont, dass klare politische Positionierungen vielversprechender seien als eine Selbstbestätigung von „Mitte-Parteien“. Parteien müssten Stellung beziehen, um gesellschaftliche Dialoge zu fördern, und könnten dabei das (überparteiliche) Narrativ der Nachhaltigkeit nutzen. Bei der Adressierung neuer Konfliktthemen sei weder eine Kommunikationsstrategie der Vermeidung oder Relativierung, wie bei der Eurokrise oder der Flüchtlingsfrage beobachtet gewesen, noch eine Strategie der Anpassung zielführend. Für den künftigen politischen Stellenwert des Konzepts der Nachhaltigkeit sei vor großer Bedeutung, ob die demokratischen Parteien an ihm bei aller Unterschiedlichkeit der Lösungswege und trotz der populistischen, gegentransformatorischen Herausforderung festhielten.

Gesine Schwan (Co-Vorsitzende von SDSN Germany) schloss die Sitzung mit einem Appell, bei der Adressierung des Themas immer die Gänge von Nachhaltigkeit im Auge zu behalten. Nachhaltigkeit sei schon von der Brundtland Kommission (1987) im Kern als ein Gerechtigkeitskonzept verstanden worden, das die Anliegen heutiger Gesellschaften aufgreife ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zu gefährden. Sie erinnert ferner an die drei Dimensionen von Nachhaltigkeit (sozial, ökonomisch und ökologisch) und beklagte, dass oftmals nur die Umweltdebatte angesprochen werde. In Bezug auf die vielfach diskutierten Achsen der Parteienlandschaft betonte sie, dass sowohl eine sozioökonomische, als auch eine kulturell-identitäre relative Deprivation zu Unrechtsgefühlen in der Gesellschaft führe. Die Parteien müssten lernen, kreatives Aufgreifen neuer Fragestellungen und Konfliktlinien mit Rückbesinnung auf und Weiterentwicklung von Kernidentitäten zu vereinbaren. Dann könne Nachhaltigkeit in all' ihren Dimensionen als ein Gesamtkonzept von Gesellschaften verstanden und umgesetzt werden.